

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU, das gute Abschneiden der Demokratischen Partei (DS) bei den Parlamentswahlen am 11. Mai 2008, die anschließende Regierungsbildung unter Führung der DS und schließlich die Ergreifung und Auslieferung des Kriegsverbrechers Radovan Karadžić: Die jüngsten Entwicklungen in Serbien wurden seitens der Beobachter im Westen mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. Was das Kosovo betrifft, so haben auch aktuell Vertreter von Staat und Regierung in Serbien wiederholt, dass dieses für immer Teil Serbiens bleiben müsse. Aus dem Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 15. Juli 2008 geht hervor, dass die Kosovo-Serben in jüngster Zeit mit Unterstützung Belgrads ihren Boykott kosovarischer Institutionen ausgedehnt und ihre Parallelstrukturen, insbesondere im Nord-Kosovo, erweitert und vertieft haben. Dass Serbien mit Unterstützung Russlands alle Schritte zum Aufbau eines (teil)souveränen Kosovo und dabei auch die Bemühungen der EU zur Übernahme von mehr Verantwortung im Kosovo – erfolgreich – torpediert, wird etwa in der Diskussion im UN-Sicherheitsrat vom 25. Juli 2008 (ebenso wie der o.g. Bericht auf der UN-Website zu finden) überaus deutlich.

Die Kosovo-Frage, so unser Autor Andreas Ernst, ist nach wie vor ungelöst. Kosovo sei ein „fuzzy state“: „mit unklaren Grenzen, mehreren Jurisdiktionen und (zu) vielen internationalen Akteuren“. Ernst sieht den Ausweg aus der bestehenden Blockade allein in der Anerkennung geschaffener Tatsachen, konkret in Verhandlungen über eine Teilung des Kosovo. Auch wenn man die Lösungsszenarien des Autors nicht teilen mag: Die Verhältnisse vor Ort ein halbes Jahr nach der Erklärung der Unabhängigkeit sind Besorgnis erregend und verlangen nach nachhaltigen und wohl überlegten Lösungen.

Sabine Willenberg untersucht einen anderen Aspekt der Unabhängigwerdung des Kosovo: Die notwendige Entscheidung, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen oder diese Anerkennung zu verweigern, bedeutet(e) für die Nachbarn in der Region eine schwierige Herausforderung. Zu berücksichtigen waren und sind dabei u.a. potenziell destabilisierende Effekte im Inneren angesichts der eigenen ethnischen Gemengelage sowie das Verhältnis zu Serbien einerseits und zur EU andererseits. Darüber hinaus, so die Autorin, birgt die Anerkennungsfrage erheblichen Zündstoff für die konkrete Ausgestaltung der regionalen Kooperation in der Region. Bis auf weiteres wird es kaum möglich sein, Vertreter der Regierungen in Belgrad und Pristina im Rahmen der diversen regionalen Foren an einen Tisch zu bringen.

Weitere Beiträge in diesem Heft der Südosteuropa Mitteilungen verstehen sich als die Fortsetzung von Diskursen, die in den vorangegangenen Ausgaben 2008 begonnen wurden: Mit den politischen Verhältnissen in Ungarn und der Konjunktur populistischer und extremistischer Kräfte im Post-Sozialismus befassen sich Melani Barlai und Florian Hartleb. Ali Ayata setzt eine

Serie von Beiträgen fort, die dem Verständnis der schwierigen Verhältnisse in der modernen Türkei dienen soll.

Die allgemein problematische wirtschaftliche Lage im Transformationsprozess hat eine ethnische Gruppe besonders negativ getroffen. Bei den Roma haben sich soziale Exklusion und Verarmung deutlich verschärft, das zeigt – belegt durch zahlreiche Daten – die Analyse von Ilona Tomova am Beispiel Bulgariens.

Wir hoffen, dass unsere Beiträge – nicht zuletzt auch die Berichte und Rezensionen – wieder auf Ihr Interesse stoßen und Anstöße geben können für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Südosteuropa sowie auch die politische Praxis.

Ihr Redaktionsteam

Hansjörg Brey

Claudia Hopf